

HESSISCHER SEGLERVERBAND e.V.

Präsident: Klaus-Dieter Lachmann, Friedrich-Ebert-Str. 35410 Hungen
Tel.: 0402/5149911 Mail: Präsident@hsev.de



Positionspapier des **Hessischen Segler-Verbandes e. V.**

zur geplanten Sportschifffahrtsverordnung (SpSchV-E) des Bundesministeriums für Verkehr

1. Grundposition des **HSeV**

Der Hessische Segler-Verband e. V. schließt sich der Haltung des Deutschen Segler-Verbands (DSV) an, der die geplante neue Sportschifffahrtsverordnung (SpSchV) in ihrer aktuellen Form **entschieden ablehnt**.

Der HSeV teilt die Einschätzung, dass der Entwurf **rechtlich bedenklich, bürokratisch überfrachtet** und in der praktischen Wirkung **qualitätsmindernd und vereinsfeindlich** ist.

Darüber hinaus sieht der HSeV insbesondere **für den Binnenland-Standort** Hessen gravierende strukturelle Nachteile, die zu einer **faktischen Zerschlagung der Ausbildung in den Segelvereinen und Sportbootschulen** führen würden.

2. Auswirkungen auf Ausbildung und Prüfung im Binnenland

2.1. Verlagerung auf Bundeswasserstraßen und Seeschifffahrtsstraßen

Der aktuelle Entwurf sieht vor, dass praktische Prüfungen künftig **nur noch auf Bundeswasserstraßen oder Seeschifffahrtsstraßen** stattfinden dürfen.

Für ein Bundesland wie Hessen – ohne Küste und mit nahezu ausschließlich Landes- oder kommunalen Binnengewässern – hätte das dramatische Folgen:

- Die **bewährten Ausbildungs- und Prüfungsstandorte** auf Rhein, Main, Langener Waldsee, Edersee, Diemelsee, Werratalsperrre und den besegelbaren Talsperren und renaturierten Seen würden **wegfallen**.
- Segelvereine und Sportbootschulen könnten **keine praxisnahen Prüfungen mehr vor Ort** anbieten.
- Lehrgänge müssten aufwendig an entfernte Prüfungsorte auf Bundeswasserstraßen an die Küste verlegt werden.
- Für Teilnehmende, Ausbilder und Prüfer entstünden **erhebliche Reise- und Übernachtungskosten** sowie ein **unverhältnismäßiger Zeitaufwand**.

Damit würde die praxisorientierte, wohnortnahe Ausbildung, die bisher flächendeckend durch Vereine und Schulen in Hessen angeboten wird, **praktisch unmöglich**.

2.2. Ende der Vereinsausbildung

Die überwiegende Mehrheit der Segelausbildung in Hessen findet **ehrenamtlich in den Vereinen** statt.

Diese Vereinsausbildung erfüllt seit Jahrzehnten eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe: Sie ermöglicht **Breitensport, Jugendförderung, Integration und Nachwuchsarbeit** – niedragschwellig, ortsnah und bezahlbar.

Durch den neuen Entwurf würde diese Struktur zerstört:

- Ehrenamtliche Ausbilder können keine Prüfungen mehr vor Ort begleiten.
- Der logistische und finanzielle Aufwand für Lehrgänge steigt drastisch.
- Für Jugendliche, Schüler und Studierende wird der Führerscheinerwerb faktisch unerschwinglich.
- Professionelle Sportbootschulen in Hessen würden ihre Existenzgrundlage verlieren.

Der **Binnenwassersport** in Hessen wäre damit von der Ausbildung und Qualifizierung weitgehend **abgeschnitten**.

3. Fehlende Bürgernähe und zusätzliche Bürokratie

Statt Vereinfachung schafft der Entwurf neue Hürden:

- **Wegfall wohnortnaher Prüfungsorte** führt zu längeren Wegen, höheren Kosten und mehr CO₂-Ausstoß – ein Widerspruch zu jeder umweltpolitischen Zielsetzung.
- **Verlängerte Wartezeiten** bei Wiederholungsprüfungen (vier Wochen statt bisher ein Tag) erschweren die Ausbildung.
- **Zusätzliche medizinische Nachweise** bei Umschreibungen erhöhen die Bürokratie.
- Die geplanten „privaten Verbandsscheine“ mit befristeter Anerkennung schaffen **Rechtsunsicherheit** für alle bisherigen Inhaber und künftigen Absolventen.

Damit werden Bürgerinnen und Bürger **belastet statt entlastet**, Vereine **geschwächt statt gestärkt** und der Wassersport **ausgebremst statt gefördert**. **Die im Entwurf der Verordnung unter E1 behauptete Reduzierung des Erfüllungsaufwands trifft nicht zu; tatsächlich steigt er erheblich.**

4. Verlust an Qualität und Sicherheit

Ein vom DSV beauftragtes Gutachten zeigt, dass die Ersetzung amtlicher Fahrerlaubnisse durch privatwirtschaftliche Zertifikate **nachweislich zu einer höheren Unfallhäufigkeit** führt.

Ein Qualitätsabbau im Prüfungswesen gefährdet nicht nur das sichere Miteinander von

Berufs- und Freizeitschiffahrt, in Hessen betrifft es vor allem die verkehrsreichen Bundeswasserstraßen von Rhein und Main, sondern auch das Vertrauen in die Sportbootführerscheine insgesamt.

Sicherheit auf dem Wasser darf nicht dem Markt überlassen werden.

5. Forderungen des **Hessischen Segler-Verbandes**

Der HSeV fordert das Bundesministerium für Verkehr und die politischen Entscheidungsträger auf, den Entwurf **grundlegend zu überarbeiten** und die **besondere Situation der Binnenländer** zu berücksichtigen.

Konkret fordert der HSeV:

1. **Beibehaltung der Prüfungs- und Ausbildungsstandorte auf Binnengewässern**, insbesondere an Vereins- und Landesrevieren.
2. **Wahrung der staatlichen Verantwortung und Aufsicht** über das Prüfungswesen.
3. **Erhalt des bewährten Beleihungssystems** mit klarer Qualitätskontrolle statt Privatisierung.
4. **Berücksichtigung der ehrenamtlichen Vereinsarbeit** als tragende Säule der Segelausbildung.
5. **Digitale Vereinfachung und Modernisierung innerhalb des bestehenden Systems**, z. B. durch einheitliche Führerscheinkarten oder elektronische Anmeldungen.
6. **Sicherstellung der Ausbildungszugänglichkeit** auch für Jugendliche, Studierende und Menschen mit geringerem Einkommen.

6. Zusammenfassung

Der Hessische Segler-Verband warnt ausdrücklich davor, mit der geplanten Sportschiffahrtsverordnung ein **bewährtes, sicheres und bürgernahes Ausbildungssystem zu zerstören**.

Die Ausbildung und Prüfung auf den hessischen Binnengewässern muss **weiterhin wohnortnah, ehrenamtlich getragen und staatlich beaufsichtigt** möglich bleiben. Nur so können Sicherheit, Zugänglichkeit und Qualität der Ausbildung gewährleistet und die gesellschaftlich wertvolle Arbeit der Segelvereine und Sportbootschulen fortgeführt werden.

Im Interesse der Sicherheit, der Bürgernähe und der Zukunft des Wassersports in Hessen.

Hessischer Segler-Verband e.V. (HSeV)
Hungen Oktober 2025
Der Vorstand